



**Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Gemeinderat Donaueschingen**

Donaueschingen, den 9. Dezember 1997

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 1998

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

ein Haushaltsplan bestimmt nicht immer, was geschehen wird. Ein Haushaltsplan beschreibt aber sehr wohl, was möglich ist und - kommunalpolitisch vielleicht noch interessanter - was im nächsten Jahr nicht möglich sein wird.

Es lohnt sich deshalb, sehr genau hinzuschauen! Was kann im nächsten Jahr realisiert werden? Welche Schwerpunkte werden konkret im Donaueschinger Haushalt 1998 gesetzt? In welchen Bereichen wird investiert? Und vor allem: Wie und in welchen Bereichen wird auf nachhaltige Strukturen hingearbeitet?

Während im japanischen Kyoto die Weltklimakonferenz stattfindet, wird in unserer Stadt der Klimakiller Nr. 1 - das Auto - mit hohen Subventionen bedacht. Parkplätze werden weiterhin kostenlos zur Verfügung gestellt. Schlimmer noch, die wenigen gebührenpflichtigen Parkplätze werden in kostenlose Stellmöglichkeiten umgewandelt. Während in allen Bereichen versucht wird, den Kostendeckungsgrad zu erhöhen, wird bei der Parkraumbewirtschaftung genau der gegenteilige Weg eingeschlagen und der Kostendeckungsgrad auf Null zurückgefahren.

Ein Einnahmepotential von mehr als 200.000 DM pro Jahr wird damit bei dieser angespannten Finanzlage verschenkt. Gleichzeitig werden 720.000 DM Steuergelder für den Umbau von 2 Kreuzungen in Kreisverkehre eingesetzt. Und weitere "rotatorische Beschleunigungsbauwerke" zeichnen sich für die Zukunft bereits deutlich ab.

Die Befürworter von solchen Massnahmen müssen sich fragen lassen, weshalb in Ballungsräumen die öffentlichen Verkehrsmittel weit grösseren Zuspruch als in unserer Stadt finden: Sicher nicht deshalb, weil der Individualverkehr dort überall zügig läuft oder weil dort die Parkplätze zum Nulltarif und im Überfluss bereitstehen. Das heisst im Umkehrschluss ganz klar: Wer den Individualverkehr subventioniert und beschleunigt, lässt die Verkehrslawine weiter anwachsen und wird sich schliesslich in der automobilen Sackgasse noch weiter festfahren.

Auch wenn das Land für den Bau eines Kreisverkehrs oder für die Bereitstellung eines Stellplatzes - wie zuletzt beim Projekt der 30 Stellplätze an der Schulstrasse mit Gesamtkosten von 900.000 DM - hohe Zuschüsse gewährt, macht dies die

Sache nicht besser. Im Gegenteil: Es ist genau dieses Land, das dann an anderer Stelle notwendige und sinnvolle Zuschüsse kürzt. Dabei werden dann nicht nur Betriebskostenzuschüsse oder Mittel zur Schülerbeförderung kräftig gekürzt, sondern es trifft auch sinnvolle Projekte im investiven Bereich. Zudem ist es aus unserer Sicht nicht glaubwürdig, wenn einerseits über die vielen Kürzungen des Landes geklagt wird und man andererseits kontraproduktive Projekte wie Kreisverkehre, Stellplätze und ähnliche Dinge zur Bezuschussung einreicht.

Ganz im Gegensatz zur Ausgabenfreudigkeit für den Autoverkehr steht die Knausrigkeit bei der Realisierung des neuen Stadtbuskonzepts und der Stadtbahn. 10.000 DM Zuschuss für die Stadtbahn wurden gestrichen und auch unser Antrag, 40.000 DM als erste Rate für den Ausbau des Stadtbussystems einzustellen, fanden im Gemeinderat keine Zustimmung. Was nützen eine weitere Feinplanung für den Stadtverkehr oder verbale Grundsatzbekenntnisse, wenn ganz offensichtlich der Wille zur Realisierung fehlt? Das Ganze könnte man kurz charakterisieren: Für den Autoverkehr wird finanziell ein Feuerwerk gezündet und für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs bläst man gerade das letzte finanzielle Lichtlein aus. Im übrigen stehen wir mit unserer Kritik an diesem Ausgabengebahren nicht allein da. Beim Umweltschutzwettbewerb wurde der Stadt im Verkehrsbereich nicht gerade ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Nun mag man gegen unsere Kritik in ökologischer Hinsicht darauf verweisen, dass beispielsweise für die Abwasserbeseitigung erhebliche Investitionen getätigt werden. Dabei darf man jedoch nicht übersehen, dass die Erschliessung von möglichst grossflächigen Neubaugebieten nicht gerade eine ökologische Meisterleistung, sondern schlicht und einfach Voraussetzung für deren wasser-rechtliche Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde ist. Auch im Bereich Kanalsanierung handelt es sich gemäss Eigenkontrollverordnung um eine kommunale Pflichtaufgabe und nicht etwa um eine „freiwillige ökologische Leistung“. Der ständige Verweis auf diese Leistungen hinkt also etwas.

Als zukunftsweisend und durchaus etwas ausserhalb des kommunalen Pflichtbereichs bewerten wir die sogenannte Brigachschiene, bei der die Abwärme der Brauerei zur Beheizung von Gebäuden verwendet wird. Wir bedauern es deshalb, dass die Stadt hier nicht bereit war, wenigstens symbolisch eine Beteiligung einzugehen. Zudem wurde die Realisierung des Projekts dem privaten Betreiber im Verlauf des Verfahrens nicht gerade leicht gemacht. Dass zur angeblich „neutralen Begutachtung des Projekts“ die Stellungnahmen von direkten Wettbewerbern eingeholt wurden, hat uns empört. Dies möchten wir nicht noch einmal erleben!

Mit grossem Interesse verfolgen wir die in letzter Zeit zunehmenden Diskussionen um mögliche weitere Rechtsformen der städtischen Eigenbetriebe und hier vor allem die Umwandlungsmöglichkeit der Eigenbetriebe in GmbHs. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass die mittelfristige Zielrichtung dieser Vorstösse die Kapitalbeteiligung von Privatunternehmen oder gar die vollständige Privatisierung der Eigenbetriebe ist. Es wäre nicht das erste Mal, dass auf diese Art öffentliche Vermögenswerte der Privatwirtschaft (d.h. vorzugsweise den Energieversorgungsunternehmen) zugeführt werden. Für den Bürger ergibt sich aus solchen Lösungen mit Sicherheit kein Vorteil.

Die Diskussionen über die Festlegung der verschiedenen Gebührensätze sind auch für uns jedes Jahr eine Belastungsprobe. Wir können Gebührenerhöhungen dann zustimmen, wenn wir von ihrer Notwendigkeit überzeugt sind und wenn alle Gruppen, die städtische Leistungen in Anspruch nehmen, auch entsprechend ihrer Belastbarkeit herangezogen werden. Die soziale Ausgewogenheit ist für uns dabei ein entscheidendes Kriterium. Und da haben wir, was beispielsweise die Erhöhung der Kindergartengebühren betrifft, bei den Beratungen konsequenterweise eine andere Bewertung als die Mehrheit des Gremiums vertreten. Vergeblich haben wir bei diesem Punkt auf mehr Sensibilität seitens des Gemeinderats gehofft.

Neben den Kindergartengebühren setzt sich unsere Fraktion auch bei den Bibliotheksgebühren für eine sehr zurückhaltende Gangart ein. Wir werden aufmerksam verfolgen, wie sich das Benutzerverhalten der Bibliothek bei diesen deutlich erhöhten Gebührensätzen zukünftig entwickeln wird.

Neben den Auseinandersetzungen über die angemessenen Gebührensätze nehmen die Diskussionen über die Budgetierung zunehmenden Raum ein. Grundsätzlich halten wir die Budgetierung für ein sinnvolles Instrument. Wir bezweifeln jedoch, ob die Budgetierung automatisch zu mehr Effizienz führen wird. Es ist zu befürchten, dass lediglich ein vermeintlicher Vorteil entsteht, der sich in einer immer drastischeren Ausgabenbegrenzung durch den Gemeinderat ausdrückt. Doch die Stadt ist kein x-beliebiges Wirtschaftsunternehmen, dessen Ziel sich lediglich in wirtschaftlichem Erfolg oder in einer Verlustminimierung ausdrückt. Nicht nur im Bereich der Schulen könnte eine einseitig kostenorientierte Vorgehensweise zu verhängnisvollen Fehlentwicklungen führen. Wir sind der Meinung, dass die quantitativen und qualitativen Ziele der Budgetierung vorher genau vom Gemeinderat und dem jeweils betroffenen Verwaltungsbereich abgesteckt werden müssen. Und an diese Ergebnisse sollte sich der Gemeinderat dann auch verbindlich halten und nicht nochmal und nochmal und nochmal ... einseitig das Budget zusammenstreichen.

Der Gemeinderat hat bei den Haushaltsberatungen Ausgaben gekürzt, Gebühren erhöht, Budgetansätze reduziert usw. Es wurde teilweise wegen Kleinigkeiten und wegen jeder Mark leidenschaftlich diskutiert. Wir können jedoch keine konsequente Haltung darin erkennen, wenn am Ende eines vor allem im Verwaltungshaushalt drastischen Sparkurses massive Investitionen für das Reitturnier abgesegnet werden sollen. In der gleichen Sitzung, in der die Kindergartengebühren erhöht wurden, beschloss der Gemeinderat Investitionen für das Reitturnier in Höhe von 320.000 DM. Damit werden 1998 mehr als eine halbe Million für das Reitturnier eingesetzt. Dies sprengt jeden Rahmen. Wir sind uns über die Bedeutung des Reitturniers sehr wohl bewusst und stimmen den jährlichen Ausgaben in Höhe von etwa 200.000 DM zu. Zusätzlich zu diesen „regulären Ausgaben“ sind wir bereit, bei sehr restriktivem Schutz des betroffenen Überschwemmungsgebiets ausserplan-mässig 100.000 DM für das Reitturnier aufzuwenden. Die weiteren 220.000 DM können wir jedoch vor dem Steuer- und Gebührenzahler nicht vertreten. Es kann auch nicht sein, dass die Reitturnier GmbH über die Köpfe des Gemeinderats hinweg Dinge beschliesst, die dann die Stadt zur Hälfte bezahlen soll. Zudem fehlt auch hier die soziale Ausgewogenheit, wenn bei den Kindergartengebühren für eine Pflichtaufgabe der Stadt zusätzlich 24.000 DM durchgesetzt werden und für ein doch recht elitäres Sportereignis weit mehr als das Zehnfache zusätzlich ausgegeben wird. Wir erwarten von der Reitturnier-GmbH, dass sie sich anderweitig vermehrt um Finanzmittel bemüht. Zum Beispiel bei den Profiteuren und den Besuchern des Turniers, von denen ein Grossteil wohl nicht gerade am Hungertuch nagt.

Seit den diesjährigen Haushaltsberatungen kann nicht mehr leichtfertig behauptet werden, dass der Gemeinderat an Ideenlosigkeit leidet. Zur Deckung der zusätzlichen Kosten des Reitturniers oder des „angedachten“ Stadtbussystems wurde von einigen Gemeinderatskollegen ein Sonderhieb im Stadtwald vorgeschlagen. Die Zielrichtung dieses Vorschlags liegt dabei auf schneller Gewinnmaximierung und der rationellen Abschöpfung möglichst hoher Erträge. Wir sehen den Wald jedoch nicht primär als die hölzerne Sparkasse der Stadt, sondern als wichtiges Ökosystem, das es in optimaler Funktion zu bewirtschaften und zu erhalten gilt. Wir werden es nicht zulassen, dass die beachtlichen Erfolge, die Dr. Köllner und seine Mitarbeiter in den letzten Jahrzehnten im Rahmen einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung erzielt haben, ungeprüft und kurzfristig aufs Spiel gesetzt werden.

Zusammenfassend kommen wir zur folgenden Bewertung:

Wenn bei geringen freien Mitteln allein eine Million DM Steuergelder für eine klimaschädigende und eindimensionale Verkehrspolitik ausgegeben wird, wenn auf Parkgebühren in sechsstelliger Höhe verzichtet wird, wenn keine Investitionsmittel für Stadtbahn und Stadtbus im Haushalt eingestellt sind und gleichzeitig eine halbe Million DM dem Reitturnier zufließen, dann sehen wir uns nicht in der Lage, diesem Haushalt seine Unbedenklichkeit zu attestieren. Im übrigen - und das sagen wir in aller Deutlichkeit - müssten nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Überlegungen im Gemeinderat zu einer anderen Schwerpunktsetzung führen.

Wir lehnen den Haushalt ab.

Der gesamten Verwaltung danken wir an dieser Stelle für die geleistete Arbeit recht herzlich. Und nicht zuletzt möchten wir hiermit an Jürgen Steiert und Gunther Weyer auch die besten Wünsche für die weitere berufliche Zukunft richten.

Siegfried Seilnacht

für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen

Info: 4 Seiten, 1533 Wörter, 10085 Zeichen